

Diese Frau vertritt die Singles

Porträt Eine steile Karriere, keine Sorgen und kein Beitrag ans Gemeinwohl: Sylvia Locher, Präsidentin von Pro Single Schweiz, ärgert sich über Klischees zu Alleinstehenden – und klagt über Benachteiligungen.

Kari Kälin

Für das jüngste politische Ärgernis hat der Zürcher Regierungsrat vorige Woche gesorgt. Bei der Prämienverbilligung spart er auf Kosten der Alleinstehenden, die Ehepaare verschont er. «Wieder einmal bezahlen die Singles die Zeche», sagt Sylvia Locher. Als sich der Bundesrat im letzten Sommer für 100 zusätzliche Subventionsmillionen für Kinderkrippen aussprach, dachte die Präsidentin des Vereins Pro Single Schweiz: «Jetzt reicht es allmählich.» Die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé bezeichnete die Schweiz auf Telezüri vor wenigen Tagen als familienpolitisches Entwicklungsland. Für Locher völlig zu Unrecht. «Es gibt Kinderabzüge bei den Steuern, einkommensabhängige Krippentariife und Kinderzulagen.»

Wir treffen Sylvia Locher (60), diplomierte Kauffrau und ausgebildete Tanz- und Bewegungstherapeutin, in ihrer Wohnung in Wädenswil ob dem Zürichsee. Auf dem Tisch liegt ein Manuskript für ein Buch mit dem Titel «Ledig und kinderlos – Die Kostenfrage». Als Kontrast strahlt einem Babyglück entgegen, ein herziges Foto eines Grossneffen. «Ich bin nicht gegen Familien, weil ich mich für Alleinstehende einsetze. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen», sagt Locher.

Singles haben keine Lobby

Laut dem Bundesamt für Statistik leben hierzulande 1,3 Millionen Menschen allein. Wie viele davon Singles sind, weiss man nicht. Klar ist hingegen: Anders als die Familien werden Alleinstehende politisch nicht umsorgt. Umsomehr hat sich Locher darüber gefreut, dass Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern, neulich öffentlich eine Lanze für Kinderlose – und damit auch Singles – gebrochen hat. Seine Kolumne löste eine öffentliche Debatte aus, in die sich auch Locher einschaltete. Am letzten Samstag gab sie in mehreren Zeitungen ein grosses Interview mit positivem Effekt auf die Mitgliederzahl. Pro Single Schweiz, gegründet im Jahr 1975, zählt 20 Neumitglieder, insgesamt sind es nun 350.



Alleinstehend und glücklich: Pro-Single-Präsidentin Sylvia Locher. Bild: Philipp Schmidli (Wädenswil, 2. März 2017)

Am meisten sehne sie sich nach einem Partner, wenn sie krank sei, sagte Locher im Interview. Ein Nachbar bot ihr an, ihr in diesem Fall den Tee ans Bett zu bringen. Locher hatte früher Beziehungen, heute geniesst sie ihre Unabhängigkeit. «Ich lebe in einem tollen Quartier, habe zwei interessante Jobs, langweilig ist mir nie.» Sie stört sich, wenn ihr Bekannte wünschen, sie möge noch einen Partner finden. Seit 1995 arbeitet Locher für Pro Single Schweiz, seit vier Jahren als Präsidentin. Nun will sie den Ver-

ein politisch besser verankern. Locher schreibt Leserbriefe, ab und zu verfasst sie einen Gastbeitrag für die NZZ, man beteiligt sich an Vernehmlassungen, kontaktiert Politiker.

Lebensweise hat Einfluss auf die Besteuerung

Eine Single-Partei gibt es nicht. «Alleinstehende Parlamentarier scheuen sich, öffentlich für die Interessen von Singles einzutreten», sagt Locher. Vielleicht, weil sie glauben, dereinst doch wieder liiert zu sein. Oder weil sich mit

einer Pro-Single-Politik kaum punkten lasse. Am ehesten noch, sagt Locher, stiessen Anliegen für Alleinstehende in FDP-Kreisen auf Gehör.

Dabei schielt Locher gar nicht auf Privilegien. Singles sollen lediglich gleich wie alle anderen behandelt werden, fordert sie. Dass das Parlament die Witwenrente für Frauen, die keine Kinder betreuen, nicht abschaffen will, kann Locher nicht verstehen. «Es braucht doch keine Ehegattenbetreuungsprämie», sagt sie – und listet weitere Benachtei-

ligungen auf. Für Alleinstehende gelte das ganze Leben lang ein höherer Steuerfuss. Ein Abzug für die höheren Kosten eines Einpersonenhaushalts? Fehlanzeige. Ehepartner und Kinder müssen keine Erbschaftssteuern entrichten. Hinterlassen Singles einem Bekannten ihr Vermögen, greift der Staat aber zu. «Die Lebensweise wird fiskalisch bestraft», so Locher. Benachteiligungen existieren auch im täglichen Leben: Es gibt keine Vergünstigungen im öffentlichen Verkehr, man kann sich die Radio- und TV-Gebühren nicht teilen, der Wohnraum pro Quadratmeter ist teurer.

Thomas Aeschi und das Bild mit dem Göttemitli

Neben der politischen Vernachlässigung stört Locher auch die fehlende gesellschaftliche Anerkennung. «Singles müssen sich dauernd für ihr Leben rechtfertigen», sagt sie. Zum Beispiel Thomas Aeschi. Als der Zuger SVP-Nationalrat für den Bundesrat kandidierte, fragten Medien nach einer Beziehung. In der «Schweizer Illustrierten» liess sich Aeschi beim Spielen mit seinem Göttemitli ablichten. Für eigene Kinder müsse er aber erst die richtige Frau finden, meinte der Politiker. «Es ist unglaublich, dass derart auf Aeschis Single-Dasein herumgeritten wurde», echauffert sich Locher.

Noch geistern viele Klischees über Alleinstehende herum. Zum Beispiel, dass sie allesamt Karriere machen, ein sorgenfreies Leben führen oder nichts zum Gemeinwohl beitragen. Locher schüttelt den Kopf. «Viele Alleinstehende engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, hüten Kinder, pflegen ihre Eltern. Und zahlen mit den Steuern Schulen, ohne direkt davon zu profitieren.» Auf diesen Aspekt weist Locher jeweils Kritiker hin, die ihnen Feindseligkeiten wie «Meine Kinder zahlen deine AHV» entgegenzuschleudern oder meinen, Pro Single Schweiz wolle die Institution Familie abschaffen. «Das ist Blödsinn.»

Manchmal schreitet Locher zum Gegenangriff, fragt nach Gründen für die Heirat. Die Antworten sind meist wenig romantisch. «Wegen des Hauses. Ich kann nicht allein sein. Was ist denn das für eine Frage?»

Kunterbund Vielfrager und Vielfrasse

Bauernpräsident und Nationalrat Markus Ritter (CVP/SG) warb vor Bauernvertretern vorerst erfolglos für den AHV-Zustupf, den der Ständerat bei der Rentenreform will. Offenbar haben die Wackelkandidaten nicht verges-



sen, dass seine Partei im Abstimmungskampf gegen die AHV-Initiative Rentner mit gefrässigen Schweinen gleichsetzte. (tga.)

SVP-Nationalrat Thomas Aeschi ist wissbegierig: Gleich neun Fragen hat der Zuger diese Woche für die Fragestunde eingereicht. Der Bundesrat dürfte froh sein, sind nicht alle Nationalräte so fleissig. Sonst müsste er satte 1800 Fragen beantworten – und die Fragestunde in eine Fragewoche umwandeln. (mjh.)

In einer Mitteilung führte die GLP anstelle der Handynummer von Fraktionschefin Tiana Angelina Moser fälschlicherweise jene eines unbeteiligten Bürgers auf. Dieser ärgerte sich verständlicherweise über die eingehenden Medienanfragen: Die Grünliberalen seien «die Allerletzten». Dumm gelaufen, denn die Partei kann es sich beim besten Willen nicht leisten, potenzielle Wähler zu vergraulen. (bär.)

Der Chaos Computer Club brannte gestern in einer Mitteilung ein kleines rhetorisches Feuerwerk ab. Er «bläst ins Horn zum Referendum» gegen die Netzsperrern, die für ihn nichts anders als «digitale Gartenzäune» sind. Hoffentlich haben die Computereffreaks ihr Pulver damit noch nicht verschossen. Der Weg zum Referendum ist weit. (dow.)

Die SVP-Fraktion baut Brücken zwischen Stadt und Land. In der Wandelhalle bot der Schwyzer Nationalrat und Bauer Marcel Dettling dem Ratskollegen und IT-Unternehmer Mauro Tuena eine Schnupperwoche auf dem Hof an. Der Zürcher will Dettling dafür in die Geheimnisse der Langstrasse einführen. (ffe.)

Bund gegen Frackingverbot

Umwelt Trotz Erdbebengefahr und anderer Risiken will der Bundesrat das Fracking nicht verbieten. Im Vordergrund steht aber die Gewinnung von Erdwärme. Die Gasförderung lehnt die Regierung aus klimapolitischen Gründen ab. Das sind die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts «Fracking in der Schweiz», den der Bundesrat im Auftrag des Nationalrats erstellt hat. Darin weist er auch auf die Risiken hin, vor allem Erben und Umweltverschmutzung. Der Bundesrat ist jedoch überzeugt, dass diese auf ein vertretbares Mass gesenkt werden können. Dabei sind auch die Kantone gefordert, in deren Zuständigkeit die Nutzung des Untergrunds liegt. (sda)

Harte Vorwürfe gegen Martin Bäumle

Hilfswerk Nationalrat Martin Bäumle hat bei Green Cross International die Nachfolge von Michail Gorbatschow angetreten. Gegner werfen ihm Putin-Methoden vor.

Der Machtkampf im Hilfswerk Green Cross International ist noch nicht zu Ende. Der grünliberale Zürcher Nationalrat Martin Bäumle hat am Dienstag interimistisch das Präsidium des in Genf basierten Vereins übernommen. Eine Woche davor war Gründungspräsident Michail Gorbatschow aus dem Vorstand des Hilfswerks zur Verminderung ökologischer Risiken ausgetreten. Dabei erhob der frühere Präsident der Sowjetunion den Vorwurf einer feindlichen Übernahme. Ein anderes Mitglied des Vorstands, Sander Mallien, pi-

kanterweise grünliberaler Kantonsparlamentarier im Aargau, warf Bäumle vor, «Methoden zu verwenden, für die selbst Putin zu weise ist». Das geht aus seinem Rücktrittsbrief hervor. Mallien will sich dazu nicht äussern, Bäumle ebenfalls nicht.

Inzwischen haben mehrere nationale Green-Cross-Organisationen verlangt, es müsse rasch eine ausserordentliche Mitgliederversammlung stattfinden, an der auch Gorbatschow und der ebenfalls zurückgetretene letzte Präsident, der Taucher und Filmmacher Jean-Michel Cous-

teau, anwesend seien. Bäumle sagt, eine Versammlung sei für Oktober geplant. Er versuche derzeit, Gorbatschow zu kontaktieren, um ihn in die Lösung einzubeziehen. Und er versuche den Verein, dem das Geld ausgegangen sei, zu sanieren.

Fehler auch bei Green Cross Schweiz

Während Bäumle im Dachverband aufräumen will, tauchen nun Versäumnisse bei Green Cross Schweiz auf, das von Stiftungen und Privaten, aber auch von Kantonen und Städten Geld

erhält. Bäumle wurde 2013 als Präsident der Stiftung gewählt, im Handelsregister eingetragen ist er jedoch erst seit Dezember 2016. Auch bei anderen Stiftungsräten wurden Eintragungen nicht gemeldet. «Green Cross Schweiz hat nicht viel Personal, wir wollen die Administrationskosten tief halten», sagt Bäumle. «Wir haben solchen Fragen darum nicht die nötige Priorität beigemessen.» Er habe den Vollzug der Stiftungsratsentscheidungen nicht genügend überwacht. Als er das bemerkt habe, habe er es korrigieren lassen. (ffe.)

Fehlgeburten registrieren

Trauerarbeit Bei einer Fehlgeburt sollen die Eltern die Möglichkeit haben, die Geburt beim Zivilstandsamt im Personenstandsregister eintragen zu lassen. Das schlägt der Bundesrat vor. Ein Eintrag könne die Trauerarbeit der Eltern erleichtern und dazu beitragen, die Formalitäten rund um eine allfällige Bestattung zu vereinfachen. Die neue Möglichkeit will er im Rahmen bereits laufender Projekte schaffen. Heute werden nur lebend geborene Kinder sowie Totgeborene eingetragen. Als Totgeborene gelten Kinder, die mit einem Gewicht von mindestens 500 Gramm oder nach der vollendeten 22. Schwangerschaftswoche tot geboren werden. (sda)